



## Niederschrift

### 3. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 18.11.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

##### Ausschussmitglieder

Frau Barbara Keller	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:00 Uhr
Herr Marcel Piest	SPD	
Frau Ingeborg Naundorf	Grüne/B90	
Herr René Kulke	DIE aNDERE	

##### zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Herr Dennis Hohloch	AfD	Teilnahme bis 20:00 Uhr

##### sachkundige Einwohner

Herr Andreas Ehl	Bürgerbündnis-FDP	Teilnahme ab 18:00 Uhr
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	Teilnahme bis 20:15 Uhr
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat	
Herr Daniel Keller	SPD	
Frau Kathleen Krause	SPD	
Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Frau Stephanie Seidel	Behindertenbeirat	
Frau Eva Wieczorek	Bündnis90/Die Grünen	Teilnahme ab 17:45 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:45 Uhr
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	

## Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski      Beigeordnete  
Geschäftsbereich 2

## Gast

Frau Petra Rademacher	FBL Bildung u. Sport
Herr Dietmar Weiberlenn	FB Bildung
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Herr Eckard Dörnbrack	LSA
Herr Bernd Richter	KIS
Herr Matthias Finken	Fraktionsvors. CDU/ANW
Herr Archibald Horlitz	Vorstandsvors. Babelsberg 03 e. V.
Herr Steve Müller	Babelsberg 03 e. V.
Herr Andreas Klemund	Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Herr Lutz Boede	DIE aNDERE
Herr René Günther	GB 2
Herr Gritt Weirauch	PNN

## Nicht anwesend sind:

## Ausschussmitglieder

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	Entschuldigt
Herr Volker Klamke	SPD	Entschuldigt

## sachkundige Einwohner

Frau Maja Kulke	DIE aNDERE	Entschuldigt
-----------------	------------	--------------

## Schriftführerin:

Frau Gudrun Wildgrube

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1      Eröffnung der Sitzung
- 2      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2014 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3      Situation SV Babelsberg 03

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.1 Gebäudeunterhalt und werterhaltende Maßnahmen an städtischen Liegenschaften  
Vorlage: 14/SVV/0890  
Fraktion DIE LINKE
  - 4.2 Entlastungseffekte durch ÖPP-Modelle bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplans 2014-2020 (SEP)  
Vorlage: 14/SVV/0905  
Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten
  - 4.3 Alternative Möglichkeiten im Schulneubau  
Vorlage: 14/SVV/0921  
Fraktion CDU/ANW
  - 4.4 Schulwegsicherheit in Drewitz und Babelsberg erhöhen  
Vorlage: 14/SVV/0894  
Fraktion CDU/ANW  
SBV
  - 4.5 Entlastungseffekte durch Freie Träger bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplans (SEP) 2014-2020  
Vorlage: 14/SVV/0904  
Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler  
FA (ff)
  - 4.6 Sportförderbericht des Jahres 2013  
Vorlage: 14/SVV/0945  
FB Schule und Sport
  - 4.7 Potenzialflächen für Potsdam  
Vorlage: 14/SVV/0944  
FB Bildung und Sport  
SBV, OBR
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
  - 5.1 Information zum aktuellen Sachstand Schülerzahlen i. V. m. DS 14/SVV/0843
- 6 Sonstiges
  - 6.1 Positionspapier der Träger zum Auslaufen der Projekte aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

**zu 2      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2014 / Feststellung der  
öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Viehrig** begrüßt Frau Stephanie Seidel als sachkundige Einwohnerin für den Behindertenbeirat. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 30.09.2014 gibt es keine Einwände, insofern wird um Abstimmung gebeten. Es liegt ein Positionspapier der Träger zum Bildungs- und Teilhabepaket vor, welches unter TOP 6 behandelt werden soll. Außerdem bittet er die Verwaltung, unter TOP 6 einen Sachstand zur Mensa an der Voltaire-Gesamtschule zu geben.

**Herr Kulke** bittet unter TOP 6 um eine Information zur Leichtathletikhalle.

**Herr Viehrig** bittet um Abstimmung der Rederechte. Zu TOP 4.2, TOP 4.3 und 4.5 für den Fraktionsvorsitzenden der CDU/ANW, Herrn Finken und zu TOP 3 für Herrn Horlitz, Vorstandsvorsitzenden Babelsberg 03 sowie für Herrn Kutzmutz, 1.FFC Turbine Potsdam.

Die Ausschussmitglieder stimmen der vorgeschlagenen Verfahrensweise zu.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 30.09.2014 in der vorliegenden Fassung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 3      Situation SV Babelsberg 03**

Vor Beginn der Sitzung wurde den Ausschussmitgliedern die Stellungnahme des SV Babelsberg 03 e. V. in schriftlicher Form ausgereicht.

**Herr Viehrig** hat Fragen, zur Stellungnahme des SV Babelsberg 03 die er an Herrn Horlitz stellt.

**Herr Horlitz** erhält die Möglichkeit, die Fragen zu beantworten und die Situation aus Sicht des SV Babelsberg 03 e. V. darzustellen.

**Herr Kutzmutz** stellt die Sachlage aus Sicht des 1.FFC Turbine Potsdam dar. Aus seiner Tätigkeit als Stadtverordneter wisse er, dass die Stadt darum gebeten wurde, das Stadion an den SV Babelsberg 03 zu übertragen. Grundlage für die Verhandlung sei der Erbbaurechtsvertrag zwischen der Stadt und dem SV Babelsberg 03. Der 1. FFC Turbine Potsdam e. V. ist im Vertrag nicht erwähnt und sei somit nicht Handelnder.

**Frau Dr. Magdowski** stellt die geschichtliche Entwicklung der Liegenschaft ab dem Jahr 2002 dar.

**Herr Wollenberg** fasst zusammen, dass die Stadt das Stadion in Erbbaupacht gegeben habe, um zum damaligen Zeitpunkt dem Verein die Existenz zu

ermöglichen. Jetzt sei der SV Babelsberg 03 finanziell überfordert. Sinnvoll wäre eine Rücknahme des Stadions.

**Herr Viehrig** schlägt vor, dass die Ausschussmitglieder ihre Fragen aufschreiben und über den Ausschuss an die Verwaltung einreichen. Man verständigt sich zu folgender Verfahrensweise:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis und haben die Möglichkeit, bis zum 25.11.2014 Fragen an die Schriftführerin zu übermitteln. Diese werden gesammelt und durch den Ausschussvorsitzenden an die Verwaltung und die Vereine übergeben. Die Vereine haben den Ausschussmitgliedern angeboten, sich vor Ort ein Bild von den Gegebenheiten zu machen. Der Ausschussvorsitzende regt an, dass zeitnah ein Termin gefunden wird. Er bittet die Schriftführerin, beide Vereine um einen Terminvorschlag zu bitten. Zudem wird er sich mit einem Brief an den Oberbürgermeister wenden, um noch einmal auf die Dringlichkeit einer Schlichtung zwischen beiden Vereinen im Sinne des Potsdamer Sports hinzuweisen.

#### zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 4.1 **Gebäudeunterhalt und werterhaltende Maßnahmen an städtischen Liegenschaften**

**Vorlage: 14/SVV/0890**

Fraktion DIE LINKE

**Herr Wollenberg** informiert, dass es sich um eine Große Anfrage handelt. Durch die Verwaltung wurde eine Antwort auf Frage 11 zugesagt.

**Herr Richter** erklärt, dass die Antwort zur Mitzeichnung beim Oberbürgermeister liege.

**Herr Wollenberg** verweist darauf, dass inzwischen eine Kleine Anfrage, DS 14/SVV/1023, des Stadtverordneten Eichert vorliegt, welche in die gleiche Richtung gehe. Er schlägt vor, die Behandlung zurückzustellen. Der Punkt sollte in die Tagesordnung der Sitzung am 16.12.2014 aufgenommen werden und Vertreter betroffener Schulen, wie der Waldstadt-Grundschule und der Schule am Nuthetal sollten eingeladen werden.

Die Behandlung wird zurückgestellt.

##### zu 4.2 **Entlastungseffekte durch ÖPP-Modelle bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplans 2014-2020 (SEP)**

**Vorlage: 14/SVV/0905**

Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten

Der Antrag wird abgelehnt.

**Herr Viehrig** erklärt, dass es darum gehe, Entlastungsmöglichkeiten bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes zu finden. Es sollte geprüft werden, was möglich ist. Herrn Finken bringt den Antrag ein.

**Frau Erning** merkt an, dass es bereits 2012 im Zusammenhang mit dem

Helmholtz-Gymnasium einen Prüfauftrag zu ÖPP gegeben hat, der abschlägig beantwortet wurde. Man sollt nicht erneut Geld für eine Prüfung in die Hand nehmen.

**Herr Viehrig** erläutert, dass man den gesamten Lebenszyklus betrachten müsse und dies für mehrere Jahre (20-30 Jahre). Dadurch entstehen andere Effekte.

**Herr von der Osten gen. Sacken** meint, das komplexe Thema sei intensiv erörtert worden. Die Berechnungen lagen für 15 Jahre vor. Die Stadt habe sich entschlossen, dem nicht zu folgen. Er freue sich, dass die Diskussion durch die CDU/ANW erneut aufgenommen werde.

**Herr Richter** erklärt es sei richtig, dass die Lebenszyklusbetrachtung heute zum Standard gehöre. Die alte Stadtverordnetenversammlung habe mit dem Schulentwicklungsplan u.a. auch zur Refinanzierung der Folgeinvestitionen Beschlüsse gefasst, so dass ab 2021 ein Gesamtbetrag von 16 Mio. € zur Refinanzierung der 160 Mio. € erforderlich ist. Diese Betrachtung habe die Verwaltung umfangreich angestellt. In der Detaillierung der Projekte werde man weitere Berechnungen durchführen und es entscheide die langfristige Betrachtung, welche Variante durchgeführt werde. Im Rahmen der Sanierung und Werterhaltung der Potsdamer Schulen wurden bisher drei zum Teil umfangreiche ÖPP-Projekte geprüft, die damit endeten, dass sich für die Eigenrealisierung durch den Eigenbetrieb KIS entschieden wurde. Ein Anteil für Sanierung und laufenden Bauunterhalt sei im Haushalt abgebildet. Angesichts der bisherigen Erfahrungen kann der kommunale Immobilienservice eine nochmalige Prüfung ÖPP nicht empfehlen. Neben den nicht unerheblichen Verfahrenskosten, würde die Prüfung auch zu einer erheblichen Verschiebung der Projekte führen.

**Herr Viehrig** fragt nach, warum man Probleme bei der Genehmigung des Wirtschaftsplanes KIS durch die Kommunalaufsicht habe.

**Herr Richter** erklärt, dass es darum gehe, wie die wirtschaftliche Leistung der Landeshauptstadt Potsdam aussehe und ob die Stadt die städtischen Zuschüsse stemmen könne oder nicht.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**Herr Viehrig** lässt den Antrag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen ÖPP-Prozess für die gemäß SEP 2014 -2020 zu erstellenden Schulobjekte einzuleiten und dabei die verschiedenen Realisierungsmodelle und Finanzierungsvarianten zu prüfen sowie einen Wirtschaftlichkeitsvergleich (final mit Inflation) zwischen EE (Eigenerstellung) und den Angeboten verschiedener ÖPP-Anbieter durchzuführen.

Über den Stand des Prozesses ist der Hauptausschuss alle zwei Monate, beginnend im Dezember 2014, zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

**zu 4.3 Alternative Möglichkeiten im Schulneubau**  
**Vorlage: 14/SVV/0921**  
Fraktion CDU/ANW

**Herr Viehrig** erklärt, dass der vorliegende Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt werden soll und verliest den neuen Antragstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, wie** eventuell entstehende Entlastungen beim Schulneubauprogramm für die Sanierung der Bestandsbauten im Schul-, Kita- und Sportbereich **eingesetzt werden können**.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im **März** 2015 ein Zwischenbericht zum Stand der Erarbeitung zu geben.

**Frau Rademacher** gibt zu bedenken, dass ein Zwischenbericht mit detaillierten Vorschlägen bis März 2015 nicht möglich sein wird. Der Fachbereich Bildung und Sport begrüßt, dass die Einsparungen aus dem Investitionsprogramm den Schulen zu Gute kommen sollen. Allerdings bleibt die Frage, wie bewertet werde, wann eine Einsparung eingetreten ist, jedes Jahr oder am Ende der Schulentwicklungsplanung um Jahr 2021.

**Herr Viehrig** ist mit einer Berichterstattung vor der Sommerpause einverstanden.

**Frau Erning** begrüßt den Antrag. Sie spricht sich dafür aus, in Krampnitz keine private Schule zu bauen. An diesem Standort sollte die Stadt nicht aus der Pflicht genommen werden, die Kinder zu beschulen.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, wie** eventuell entstehende Entlastungen beim Schulneubauprogramm für die Sanierung der Bestandsbauten im Schul-, Kita- und Sportbereich **einzusetzen eingesetzt werden können**.

Der Stadtverordnetenversammlung ist ~~im Januar~~ **vor der Sommerpause** 2015 ein Zwischenbericht zum Stand der Erarbeitung zu geben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 4.4 Schulwegsicherheit in Drewitz und Babelsberg erhöhen**  
**Vorlage: 14/SVV/0894**  
Fraktion CDU/ANW  
SBV

**Herr Viehrig** erläutert, dass eine Anfrage an einen Stadtverordneten der CDU/ANW-Fraktion Anlass für die Antragstellung gewesen sei. Zudem wurde das Problem von Eltern per Mail an alle Stadtfractionen gesendet (27.10.2014).

**Herr Weiberlenn** informiert, dass es ein Schulwegsicherungskonzept aus dem Jahr 2009 gibt. Hinsichtlich der Abarbeitung sei etwas passiert und man habe die Notwendigkeit der Fortschreibung und Aktualisierung des Konzeptes gesehen. In diesem Zusammenhang haben Vor-Ort-Termine an allen Schulen stattgefunden. Unter Mitwirkung der Eltern ist für jeden Schulstandort ein Bedarfskatalog erstellt worden. In der nächsten Phase wird dieser für 18 Planungsräume mit der Straßenverkehrsbehörde und dem Ordnungsamt überarbeitet und mit den Schulen abgestimmt. Man sei für alle Hinweise dankbar und werde diese in die Bearbeitung aufnehmen. Der Maßnamekatalog werde mit Kosten untersetzt und im II. Quartal 2015 wird ein aktualisiertes Schulwegsicherheitskonzept vorgelegt werden. Die Hinweise aus dem Antrag werden geprüft, wobei nicht bestätigt werden könne, dass viele Kinder aus Drewitz die Schule am Griebnitzsee besuchen. Die Straßenverkehrsbehörde teilt immer wieder mit, dass Zebrastreifen keine Maßnahme darstellen, um den Schulweg zu sichern. Im Rahmen der Fortschreibung des Schulwegsicherungskonzeptes wurde der Schulstandort der Schule am Griebnitzsee und der Katholischen Marienschule begangen. Aus den Begehungen sind keine Probleme in den genannten Bereichen festgestellt oder benannt worden. Auch aus dem vorliegenden Schriftverkehr mit der Schule sind keine Probleme bekannt. Er sagt zu, den Antrag im Rahmen der Erarbeitung des Schulwegsicherungskonzeptes zu bearbeiten, so dass die Maßnahme im Gesamtpaket Schulwegsicherheitskonzept 2015 wiederzufinden ist.

**Herr Viehrig** stellt den Antrag im Namen des Antragstellers zurück, bis das Konzept der Verwaltung vorliegt.

#### zu 4.5 **Entlastungseffekte durch Freie Träger bei der Umsetzung des Schulentwicklungsplans (SEP) 2014-2020**

##### **Vorlage: 14/SVV/0904**

Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler  
FA (ff)

**Herr Finken** erläutert, dass die Verwaltung mit DS 14/SVV/0063 den Auftrag erhalten habe zu prüfen, welche Entlastungseffekte und Bedingungen sich durch die Einbeziehung freier Träger beim Bau und Betrieb von Schulen ergeben. Mit den Schulen müsse gesprochen werden, um in Erfahrung zu bringen, wohin sie sich entwickeln wollen und um Kapazitäten als Entlastungseffekte zu erhalten. Die Antragsteller erwarten, dass mit den Schulen in freier Trägerschaft gesprochen wird.

**Frau Dr. Magdowski** informiert, dass man bezüglich Grundstücken in Erbbaupacht immer mit Interessenten im Gespräch sei. Die Qualität der Bewerber sei unterschiedlich. Freie Träger berichten über eine restriktive Handhabe des Landes beim Genehmigungsverfahren. Insofern sei es für die Planung in der Zukunft schwierig, weil man nicht wisse, welche Schule das Land genehmigt.

Es schließt sich die Diskussion der Ausschussmitglieder an.

**Frau Rademacher** erklärt, dass in Verbindung mit der DS 14/SVV/0063 die Beauftragung eines externen Rechtsgutachters erfolgte. Die Aufgabenstellung wurde mit dem Fachbereich Bildung und Sport in Abstimmung mit dem Fachbereich Recht, Personal und Organisation erarbeitet sowie mit der Projektgruppe Schulentwicklungsplanung sowie dem Leiter des OBM-Büro und



dem Geschäftsbereich 1 abgestimmt. Im Einzelnen soll mit dem Gutachten die Einbeziehung freier Träger bei Investitionsvorhaben, dem Schulbetrieb, dem Unterrichtsbetrieb sowie mögliche Kooperations- und Finanzierungsformen untersucht werden. Die Fertigstellung ist für Dezember 2014 geplant. Soweit aus dem Gutachten hervorgeht, dass eine Übertragung rechtlich möglich ist und falls bei Zulässigkeit grundsätzlich Entlastungspotentiale zu erwarten sind, soll in einem zweiten Schritt eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erfolgen. Über die Ergebnisse wird in Form einer Mitteilungsvorlage in 2015 informiert.

Der Antragsteller stellt den Antrag bis zum Vorliegen des Gutachtens zurück. Dieses sollte im Ausschuss für Bildung und Sport vorgestellt und der Gutachter eingeladen werden.

#### **zu 4.6 Sportförderbericht des Jahres 2013**

**Vorlage: 14/SVV/0945**

FB Schule und Sport

**Herr Gessner** führt aus, dass der Trend der Mitgliederstatistik weiter anhalte. Es zeichne sich eine positive Entwicklung ab. Im Berichtszeitraum 2013 wurden im Rahmen von Paragraph 9 der Sportfördersatzung 264.700 € ausgereicht. Der Schwerpunkt dieser Förderung galt dem Kinder- und Freizeitsport. Mit 202.659 € entspricht dies einem Anteil von 76,65 % der Gesamtförderung. Sportstadtmittel wurden für 2 Schwerpunkte ausgereicht. Es wurden Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung gefördert sowie die Erstligamannschaften des 1. FFC Turbine Potsdam, des UJKC, des OSC Triathlon und Wasserball, des SC Potsdam Volleyball sowie des SV Motor Babelsberg Boxen. Die Sportfördermaßnahmen reduzieren sich nicht allein auf die finanziellen Sportfördermittel, sondern kommen auch durch die Ausgaben im Ergebnishaushalt insbesondere durch die entgeltfreie Nutzungsüberlassung der Sportstätten an gemeinnützige Sportvereine zum Ausdruck. Er bedankt sich beim Stadtsportbund als Interessenvertreter der Potsdamer Sportvereine und bei den Stadtverordneten, sowie dem Ausschuss für Bildung und Sport für die gute Zusammenarbeit.

**Herr Ehrl** stellt Nachfragen zum Luftschiffhafen und zur Bäderlandschaft.

**Frau Rademacher** regt an, in einer der nächsten Ausschusssitzungen das Geflecht des Luftschiffhafens darzustellen.

**Frau Pichler** dankt im Namen des Stadtsportbundes für die Unterstützung in den letzten Jahren. Sie wirbt dafür, die höchste Form der Sportförderung, die weitestgehend kostenlose Bereitstellung der Sportflächen, zu erhalten. Es gebe 160 Vereine, wovon über 90 % im Breitem- und Freizeitsport tätig sind, welche die Förderung benötigen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Sportförderbericht des Jahres 2013 zur Kenntnis.

#### **zu 4.7 Potenzialflächen für Potsdam**

**Vorlage: 14/SVV/0944**

FB Bildung und Sport  
SBV, OBR

**Herr Gessner** erklärt, dass mit der Mitteilungsvorlage ein aktueller Arbeitsstand vorliegt, der weiter zu überarbeiten sein wird. Es gebe Projekte, die sich in Umsetzung befinden, Flächen zu denen es Vorplanungen gibt und Flächen ohne Planungsstand. Er bittet die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen.

**Herr Viehrig** stellt fest, dass Flächen im Vergleich zum Sportentwicklungsplan fehlen. Er fragt, welchen Hintergrund es dafür gebe, dass in der Potenzialplanung nur Hallen aufgeführt sind.

**Herr Kulke** merkt an, dass nur Kleinfeldern an Schulen gebaut werden. Wettkampftaugliche Großflächen fehlen in der Planung. Er möchte wissen, ob es auch Planungen für wettkampftaugliche Kleinfeldern gibt.

**Herr Gessner** informiert, dass in den Kategorien 2 und 3 insbesondere auch verstärkt Flächen für Fußballfelder dabei seien, es aber noch keinen konkreten Planungsstand der Finanzierung gibt. Die Richtwertempfehlungen des MBS für Schulbau gebe das Erreichen der DIN-Maße für wettkampftaugliche Felder nicht her. Synergieeffekte könnten gegebenenfalls nur zwischen Vereins- und Schulsport erreicht werden. Hier stoße man an Grenzen der Finanzierung insbesondere auf Landesebene.

**Herr Kulke** bittet in der nächsten Sitzung um eine Antwort auf die Frage, wie viel wettkampffähige Kleinspielfelder geplant sind.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage zur Darstellung der Flächen der Landeshauptstadt, die potenziell für den Neubau, als Ersatzstandort bzw. für die Erweiterung größerer Sportplätze bzw. Sporthallen geeignet sind – mit unterschiedlichen Konkretisierungsständen zur Kenntnis.

## **zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1        Information zum aktuellen Sachstand Schülerzahlen i. V. m. DS 14/SVV/0843**

**Frau Rademacher** informiert, dass es an den Fachbereich eine Anfrage zu Schülerzahlen gab. Darin wurde vermutet, dass der Schulentwicklungsplan zu qualifizieren sei. Sie möchte versichern, dass der Fachbereich Bildung und Sport an Hand der erhobenen Zahlen gut lag. Man müsse den Schulentwicklungsplan bisher nicht revidieren. Im Grundschulbereich sei die Wohnortnähe zu sichern. Die Anwahl gestalte sich unterschiedlich. Hier spielen Wohnortprinzip, Anwahl freier Träger, Rückstellungen, deckungsgleicher Schulbezirk eine Rolle. Auch seien die Flüchtlinge zu berücksichtigen. Man habe die AG-Schulentwicklungsplanung gegründet, die 1 mal im Jahr die Schülerzahlen anschauen wird.

**Herr Wollenberg** bittet die Schülerzahlen als Anlage zur Niederschrift auszureichen. In die AG-Schulentwicklungsplanung sollten die Fraktionen einbezogen werden.

Die Übersicht der Schülerzahlen wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

## zu 6 Sonstiges

### zu 6.1 Positionspapier der Träger zum Auslaufen der Projekte aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

**Herr Wollenberg** erklärt, dass BuT ausläuft und keine Verlängerung geplant sei. Dazu gebe es einen Evaluationsbericht, der abrufbar ist. Die Problematik werde in der AG Jugendhilfe-Schule insgesamt betrachtet.

Der Evaluationsbericht wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

### zu 6.2 Mensa Voltaire-Gesamtschule

**Frau Rademacher** informiert, dass sich Herr Richter der Beschwerde angenommen habe, der nicht mehr anwesend ist. Entgegen der Darstellung der Schule gab es keine Vorkommnisse aus Sicht des Brandschutzes und der Hygiene. Im Ausschuss wurde über die Gesamtsituation Mensen an Potsdamer Schulen berichtet. Bezogen auf die zur Verfügung stehenden m<sup>2</sup> hat die Voltaire-Gesamtschule eine sehr gute Situation. Man habe versucht, die Beschwerden aufzunehmen, zu prüfen und mit anderen Schulstandorten zu vergleichen. Gemessen an anderen Schulen stellt sich die Bedarfssituation nicht so dar, wie es die Schule vorgibt.

**Frau Naundorf** erklärt, dass sie und Frau Wieczorek sich vor Ort informiert haben und feststellen konnten, dass viele Schüler nicht essen. Die Schulleiterin fordert, dass der Aula Raum für das Schreiben von Klausuren vorgehalten wird. Zudem seien 70 Schüler mehr an der Schule. Dazu komme das Turnhallenproblem.

**Frau Rademacher** erläutert, man habe das Mittagsband von Schulen verglichen. Hier nehme es die Voltaire-Gesamtschule sehr eng. Hier habe man Gestaltungspotential. Das sei Sache der Schule.

**Frau Dr. Magdowski** verweist darauf, dass alle Dinge mit der Schule besprochen worden sind.

**Herr Weiberlenn** ergänzt, dass die Turnhalle für 2018 geplant sei.

**Herr Wollenberg** verweist darauf, dass das Problem 2013 im Einvernehmen mit der Schule behandelt wurde und es einen Beschluss zum Neubau der Turnhalle gebe. Die Fakten stehen im Investitionsplan. Insofern sollte der Punkt nicht weiter behandelt werden.

### zu 6.3 Sanierung Leichtathletikhalle

**Herr Kulke** bittet um einen Sachstand.

**Herr Gessner** informiert, dass die Leichtathletikhalle am 28.11.2014 um 14:00 Uhr eingeweiht wird. Die Kosten wurden eingehalten.

**Herr Viehrig** schließt die Sitzung.

Gez. Clemens Viehrig  
Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Weberlenn  
i. V. für die Ausschussbetreuerin